

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 2.40 Mark. — An Nichtverbandsmitgliedern wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt. — Einzelheften in der Köln-Postkarte unter Nr. 7528.

Schriftleitung und Verlagsstelle:
Leipzig
Gerbberstraße 1, IV., Viktoriahotel
Telephon 7868.

Schluss des Blattes: Montags, mittags 12 Uhr. — Anzeigengebühr für die dreizehnpaltige Kleinzelle 2.— M.
Anzeigen werden nur bei vorheriger Einfindung der Kosten angenommen.

Nr. 21.

Sonnabend, den 22. Mai 1920.

24. Jahrgang

Rohnbewegungen.

Sperre i. Pom. Die Betriebe der Erdbrennerei Cöllagen und der Betrieb des Pflastermehlschneiders Adolf Bruns, Döbeln (für Pflastermehlschneider). Die Betriebe von Steinmetz Meiermann, Der Betrieb des Steinmetzmeisters Robert Ende in Steinmetz (Ebel), dieser Arbeiterbetriebe mit nur 250 M. Stundenlohn zahlen, während der verarbeitete Lohn im Mai 4.— M. und 4.10 im Juni beträgt. Die Firmen H. Franz und Schumann, Oberhausen (Ergels), Bäckh. Künze in Grotzschau b. Hildersbach, Firma Otto Busch in Jena, Bäckh. Schnell in Nürnberg. Sämtliche Betriebe in Nürnberg, Betrieb Josef Diirich, Borsdorf (R. Reibe).

Stettin.

In Obersalz 64, in Mosheim 100 Kollegen, die Einzelhefter in Landberg a. B.

Schloß i. Pom. Die Arbeitgeber erkennen den Schlichtungsversuch des Schlichtungsausschusses nicht an, darauf erfolgte Arbeitseinstellung unserer sämtlichen Kollegen.

Drumburg i. Pom. Durch unverständliches Verhalten der Arbeitgeber waren die Kollegen gezwungen, die Arbeit einzustellen.

Jung u. ferngehoben:

auf den bereits genannten Orten (Sperre und Streit), noch Oberweiß (Firma Heilmann u. Bräuer), GutsMuths, Oberlausitzer Steinindustrie von Otto Kruke, Hildersbach i. Schöben, Mühlberg, Torgau (Ebel).

Wetzlar II. Die Arbeitgeber bejahen jetzt die Forderung des Schlichtungsausschusses vom 31. 3. 1920. Weigern sich jedoch die Rückzahlung vom 1. Februar 1920 zu leisten und wollen auch nicht die Lohnsätze des Bezirksrates für S.-B.-Gehälter vom 1. April anerkennen. Da nun der Schlichtungsversuch für verbindlich erklärt ist, wird der Streik beendet.

Erlaubte Bewegungen.

Beleg b. Dresden. Im Beisein des Vorsitzenden der Zählstelle Dresden wurde mit unseren Arbeitgebern auf Stundenlohn und Akkordberechnung eine 50prozentige Lohnerhöhung beschlossen.

Beleg i. Stettin. Der Streit ist bereits seit Wochen erledigt. Unsere Mitteilung über die Bewegung und Resultat ist im letzteren Heft veröffentlicht worden. Eine spätere Berichterstattung muß schon verfallen sein.

Münster (Westf.). Steinmetzen bekommen nunmehr 5.15 Mark Stundenlohn. Es bedurfte erst einer Kündigung, ehe die Arbeitgeber dem zustimmten.

Übersalz (Sob.). Am 4. Mai konnte hier endlich nach drei erfolglosen Verhandlungen ein neues Lohnabkommen für Hilfsarbeiter, Arbeiter und Steinmetzen zum Abschluss gebracht werden. Die Stundenlöhne betragen 4 Mark bis 4.70 Mark in 5 Stufen und je nach der Gruppe.

Stade. Nach 2 Tagen konnte unser Streit beendet werden. Steinmetzen 5.50 M., Hilfsarbeiter 4.50 bis 5.15 M. Stundenlohn.

Bericht vom Verbandstag.

II.

Nachzutragen beim vorigen Bericht ist, daß der Verband der Steinmetzen ihren Verbandsvorsitzenden Paul Schenke, der Gewerkschaftsbund Herrn Silberchmidt und Gustav Heinke (Sozialpolitische Abteilung) delegiert hatten.

Beim Eintritt in die Verhandlungen verließ der Vorsitzende Staudinger ein Begrüßungsschreiben des früheren Verbandsvorsitzenden Paul Starke:

„Werte Kollegen und Verbandsmitglieder! Euer alter Vorsitzender wünscht Euch zu Euren Beratungen auf der achten ordentlichen Generalversammlung den besten Erfolg. Ich hoffe, daß die klare Erkenntnis und der gewerkschaftliche Geist alle einigt und dem Ziele zuführt, was den deutschen Gewerkschaften gestellt ist. Ich erinnere hierbei an den Brief, den ich 1908 an den Württemberg Kongress gerichtet (siehe Protokoll) und der die Aufgaben der Gewerkschaften enthält, für die jetzt die Zeit gekommen ist. Für die Menschheitsgeschichte muß die Zeit kommen, wo in einer höheren Wirtschaftsförm der Gegensatz zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten — Profit und Lohn — aufhört, und an diese Stelle hat die wahre Volkswirtschaft zu treten. Aufhören müssen die wirtschaftlichen, aufreibenden, nebensächlichen Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hierfür gibt es nur ein Mittel: Ueberführung der Produktion und Konsumtion in gesellschaftliches Eigentum. Dazu sind die Gewerkschaften ausschließlich berufen und fähig.

Das Betriebsratsgesetz und die Arbeitsgemeinschaften sind die Anfänge. Jetzt müssen sich sach- und sachverständige Arbeiter heranzubilden. Wenn nach dieser Richtung die Arbeiterklasse verfährt, dann bleibt unsere Idee vom Sozialismus, was wir diese Zeit 40 bis 50 Jahren propagiert haben, eine taube Kuh, eine Strafe. Kollegen! Die Fortentwicklung der Dinge gehen uns immer neue Gedanken, man lernt nie aus. Ueber das Ziel sind wir alle einig, nur über den Weg zu diesem geraten wir in Meinungsstreit. Das liegt in der Natur der Sache, an dem engeren und weiteren Kreis der Erkenntnis aller uns umgebenden Dinge, und ich kann Euch nur raten mit dem alten Klingenhäuser im „Zell“: „Seid einig, einig, einig!“ Im Geiste bin ich unter Euch bei Eurer wichtigen Tagung.

Die Not ist der Geburtsheifer jeder neuen Zeit. Das sozialistische Klassenbewußtsein des Proletariats ist das Feld, auf dem die bessere Zukunft aufgebaut wird, an der die Menschheit gesunden muß. Wir schaffen's! Ein Hoch unserem Verband!

Euer alter Vorsitzender Paul Starke.

Der Brief löste ein lebhaftes Bravo aus und wurde das Bureau ermächtigt, das Schreiben in geeigneter Weise zu beantworten. Nunmehr wird in die Debatte über den Geschäftsbericht eingetreten. Dazu liegen die Anträge 1 bis 11 vor.

Münch.-Weihen: Wir wollen ruhig und sachlich in die Diskussion eintreten. Dieses gute alte Recht lassen wir uns von einigen Hühnerfüßern, die alles mit einmal umstellen wollen, nicht nehmen. Redner polemisiert gegen die Anträge er spricht der Kronacher Zählstelle das Recht ab, von 80 Prozent zu sprechen, die mit dem Vorstand nicht einverstanden sind. Den Antrag 4 (Samarjensbach) lehnt er ab, bei uns käme es vor allen Dingen auf die wirtschaftlichen Fragen an. Auch mit der Schreibweise der Redaktion waren sie zufrieden. Er wünscht nur bei den Arbeitsangeboten eine bessere Fühlung mit den Zählstellen. — **Soligweitzg.-Waldschütz:** Gewerkschaft und Politik hängen zusammen wie Fleisch und Blut. Gegen den Vorstand behält eine harte Constition, aber sie denke nicht daran, den Verband zu verlassen, sondern sich mit dem Vorstand zu verständigen. — **Soligweitzg.-Waldschütz:** Gewerkschaft und Politik hängen zusammen wie Fleisch und Blut. Gegen den Vorstand behält eine harte Constition, aber sie denke nicht daran, den Verband zu verlassen, sondern sich mit dem Vorstand zu verständigen.

nicht daran, den Verband zu verlassen, sondern wolle nur auf ihre Weise den Kartell schneller vorwärts treiben. Bei der Lohnpolitik dürfen wir auf die Unternehmer und deren Lage nicht zuviel Rücksicht nehmen, ebenso wie sie früher auf uns keine Rücksicht genommen haben. Redner hebt die Tätigkeit des Leipziger Schlichtungsausschusses hervor. Abschaffung der Akkordarbeit darf nicht allein der Gewerkschaft überlassen bleiben. Die Zerschlagung des Leipziger Volkshauses haben die R. G. B. D.-Genossen mitverschuldet, weil sie den neuen Militarismus erziehen ließen. Die Anträge 1 bis 5 lehnt er ab, schon der Konsequenz halber, wenn einmal die andere Seite die Mehrheit im Verband bekommt. Redner verlangt die Verhältnismäßigkeit, damit die Opposition Einfluß bekomme, um praktische Arbeit beweisen zu können in der Zeitung des Verbandes. — **Stettin:** Das Lohnprogramm vom 1919 hat uns befriedigt, etwas mehr Energie zur Durchführung hätte sicher nicht geschadet. Im Württemberg war es im August 1919 noch nicht erledigt. Dem Schiedsamt und Schlichterhandel, den Bestreben am Volkshaus, muß endlich das Handwerk gelegt werden können. Mit dem Verbandsvorstand habe er immer in guten Einvernehmen bei allen Handlungen gestanden. Die Anträge 3 und 4 lehnt er ab, jedem Angestellten muß überlassen bleiben, welcher politischen proletarischen Richtung er angehört. Er befürwortet die Resolution vom Verbandsausschuß, ist auch mit der Redaktion zufrieden. — **Soligweitzg.-Waldschütz:** Berlin ist im großen ganzen mit dem Geschäftsbericht einverstanden, man müsse anerkennen, daß der Vorsitzende das Beste für den Verband in wirtschaftlicher Beziehung geleistet hat. In Berlin seien nicht alle Richtungen mit dem Vorstand einverstanden. Wir wollen auch, obgleich auf revolutionärem Boden stehend, daß aller Parteihader aus den Gewerkschaften heraus kommt, um praktische Arbeit zu leisten. Mit der Zerschlagung in vier und fünf Richtungen kommen wir nicht weit. Beweis: Kapp-Putsch. Die Führer haben den Willen der Masse zu erfüllen oder zu gehen. — **Wenzel:** Mit den Schlichtungsausschüssen haben wir schlechte Erfahrungen gemacht. In der Frage der Feuererzeugnisse hat der Vorstand sich große Mühe gegeben, nur hätte er gewünscht, daß die generelle 45-Stunden-Woche mehr propagiert worden wäre. Die Politik müßte mehr auf größere Bewegungen eingestellt werden. Redner kritisiert die Politik der früheren General-Lohnmission: Ganz früher hat die Arbeiterbewegung in der Offensive gestanden, nach Aufhebung der deutschen Industrie und dem Erlernen der Arbeiterorganisation kämpfen wir in der Defensive. Die gewerkschaftlichen Kämpfe werden heute zu politischen. Er bitte den Antrag 9 (Druckverlegung) anzunehmen, daß er jetzt vorliege, sei Schuld des Vorstandes. — **Wenzel:** Berlin erkennt die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse an, ist aber gegen einen Zwang für die Zählstellen zur Anrufung, wie es der Vorstand verlangt. Unsere Schriftleitung wird in Berlin sehr kritisiert. Manches kommt noch auf das Konto der vorigen Redaktion. Die Winklerische Mitarbeit werde zu sehr vorgezogen, das sei einseitig; für diese Behauptung bringt Redner einige Beweise. Die Druckverlegung in der Kriegszeit habe viel Staub aufgewirbelt, sie müsse wieder rückgängig gemacht werden. — **Soligweitzg.-Waldschütz:** Stimmt der Resolution des Verbandsausschusses zu, polemisiert dann gegen eine Bemerkung im gedruckten Bericht zum Reichslohntarif, nimmt dann aber Abstand davon, nachdem ihm vom Vorsitzenden bedeutet wird, daß die Tarifangelegenheiten gesondert beraten werden. — **Saug:** Leipzig ist überzeugt, daß der ganze Vorstand bestrebt war, nach seinen Kräften das Beste für die Kollegen herauszuholen, wir sollten für eine Einigung der politischen Gegensätze sorgen. Der Antrag 4 (Schwarzenbach) sei für ihn unannehmbar, trotz des guten Sinns, der darin liegt. Ein Vergleich dieses Verlangens mit der Handlung eines Arbeitgebers, was es früher so oft vorkam, ist nicht ganz richtig. Denn unsere Führer können politisch nicht anders orientiert sein wie die Mitglieder. Für den Redakteur sei es schließlich nicht ganz leicht, sich mit den drei Richtungen in der Arbeiterbewegung abzufinden. Der Antrag 9 müßte zur Annahme gelangen, die Druckverlegung des „Steinarbeiter“ sei ein Unrecht gewesen. — **Saug:** Karlruhe teilt nicht die Auffassung Staudingers in der Abschaffung der Akkordarbeit, wohl falls auf einen Sieb sein Baum, doch die Ueberzeugung zur Abschaffung dieser Arbeitsmethode in unserem Beruf müsse sich mehr durchdringen. Redner verurteilt das Verhalten der Schweizer Organisation in der Darlehenssache, freut sich, daß die Kriegsleihe auf 37 000 M. zusammengeschmolzen ist. Hoffentlich gelingt es auch, diese noch ohne Schaden abzugeben. Die Anträge 1 bis 4 seien unannehmbar, denn eine politische Ueberzeugung könne durch Zwang niemand aufgedrängt werden. Er sage: „Haltet hoch die Fahne der Einigkeit!“ — **Saug:** Weimar hat gegen die allgemeine Tätigkeit des Verbandsvorstandes nichts einzuwenden. Aber wir wollen nicht die langsame Entwicklung und dem Willen der vorwärtsdrängenden Massen muß der Vorstand sich fügen. „Der Verrat von Arbeiterinteressen“, wovon er in seinem Schreiben als Begriffsleiter an die Thüringer Zählstellen geschrieben habe, lege darin, daß man der politischen Ueberzeugung der Masse nicht Rechnung trage, und wer die Ober-Scheidemann-Regierung unterstützt, habe Verrat an den Arbeitern verübt. Redner sucht es näher darzulegen und kritisiert die Haltung des Kollegen Wähler auf der Konferenz in Göttingen. Da die Redezeit abgelaufen, muß die Ausführung beendet werden. Harz meldet sich dann sofort wieder zum Wort. — **Saug:** Bremen: Die Schlichtungsausschüsse sind nicht von den Arbeitern gewählt, sondern von der Regierung eingezogen, deshalb das Mißtrauen. Er hebt die Tätigkeit der Zählstelle ohne Gaultier hervor. Die Winklerischen schlichtenden Arbeiter am Nachorgan lehnt er ab. Er bekämpft den Ausdruck des Redakteurs in seinem mündlichen Bericht, daß die Opposition an den Gewerkschaften eine „Ferdulur“ vornehmen wolle. Das Referat Programm sei von der anderen Seite nicht beachtet, für ihn gebe es nur eine Parole: „Die Kapitalismus! Die Sozialismus!“ — **Wenzel:** Köln bespricht örtliche Erfolge von Airm. Politik könne aus den Gewerkschaften nicht ganz ausgeschaltet werden. Er bitte den Antrag 6 anzunehmen, damit keine einseitige Propaganda im Raubblatt möglich sei. — **Wenzel:** Demitz: Zu den Schlichtungsausschüssen haben seine Kollegen kein Vertrauen mehr. Die Arbeitsgemeinschaft ist zwecklos, da wir dort nur Handlanger des Kapitalismus sind. Unsere Gewerkschaft soll eine Kampforganisation sein. Verteidigung der Akkordarbeit. Die Redaktion hat nicht immer einwandfrei gehandelt; man mag über Mannmangel und bringt dann Sachen, die oft sehr ansehnlich sind — Breslau, Kohlenangelegenheit und Akkordmeter Ziegler. — Den Antrag 9 bittet er anzunehmen. Die „Freie Presse“ sei für ihn kein Arbeiterunternehmen. — **Leitzg.-Heidingsfeld:** begründet den Antrag 3, den er als eine Spitze gegen den Gaultier Vorstoß betrachtet, obwohl er sich stets in Gewerkschaftsverhandlungen politisch neutral verhalte. Er befürwortet die Druckverlegung des „Steinarbeiter“.

Die Resolution des Verbandsausschusses könne nicht angenommen werden. Eine Sitzung der Opposition, zu der er jetzt einlade, werde dazu Stellung nehmen. Für die Verurteilung, die durch die Kriegsleihe entstehen, muß der Vorstand persönlich verantwortlich gemacht werden. Das wäre schon ein Grund, das Vertrauen zu verlieren. — Vorsitzender Staudinger stellt einige Behauptungen der Vorredner betreffs Druckerei „Freie Presse“ richtig. Im übrigen wünscht er, daß die Redner weniger im politischen Fahrwasser jegeln und sich mehr an das Gewerkschaftliche unserer Aufgaben um. halten. — **Saug:** Halle: Akkordarbeit der letzte Verbandstag 1918 war ein Hauptparlament, deshalb muß auch auf die Haltung des Vorstandes während des Krieges eingegangen werden. Redner kritisiert die Haltung von Kriegsanteilen, den Dursfrieden. Die Haltung des „Steinarbeiter“ während des Krieges habe ihm oft nicht gefallen. Er erinnere nur an die Winklerischen Artikel. Die Einigung der Arbeiterbewegung sei schnell da, wenn man nur von dieser Seite die falsche Politik einsehe. Neuanstellungen im Verbands- und Vorstand sind notwendig, jedoch paritätisch, damit alle Richtungen vertreten sind. Eine politische Neutralität der Redaktion ist schwer möglich. Aber ein anderer Geist müsse in die Gewerkschaften einziehen. Keine Zerschlagung, sondern Zusammenfassung in etwa vier großen Verbänden. — **Wenzel:** Berlin: Hoff hat der Vorstand sein Möglichstes getan, jedoch sind die Mitglieder nicht mit dem Weg einverstanden. Daher muß unser Stadt im revolutionären Sinne geändert werden. Die Bemerkung in Geschäftsbericht über den Kohlenmangel, Streit der Bergarbeiter, fordere scharfen Widerspruch heraus. Zur Einigung führe so etwas nicht. Den Antrag 4 lehnt er in der Form ab. Handelt jedoch einer der Angestellten gegen die neu zu gebenden Richtlinien, dann weg mit ihm! Aber wir wollen auch nicht haben, daß ein paar radikale Worte schwärmt, einen Freitrieb geben, die höchsten Stellen im Verbands- und Vorstand zu besetzen, so etwas mache er nicht mit, obgleich auch er zur Opposition gehöre. Dem Antrag 9 schließt er sich an. — **Saug:** Halle: Halle erkennt die Tätigkeit des Vorstandes an, nur in der Feuererzeugnissebewegung hätte er verjagt. Deshalb müsse er die Vertrauensresolution ablehnen. Er behandelt den Antrag „Druckverlegung“ auf dem Verbandstag 1918, das Protokoll gebe ein falsches Bild davon. Im weiteren Verlauf bringt Redner einen scharfen Ausdruck gegen die Leipziger „Freie Presse“, der vom Vorsitzenden Staudinger gerügt wird. Unwahre Behauptungen hätten nicht die Situation. — **Saug:** Halle äußert sich im ähnlichen Sinne wie Wehfort in der Feuererzeugnissebewegung und Akkordarbeit. Wenn das im Verbands so weiter gehe, werden sich die Löhne der Kollegen dem Bauarbeiterverband anschließen. Die Artikel über „Lohnpolitik“ seien den Kollegen von den Arbeitgebern unter die Nase gehalten worden. Die Druckverlegung müsse stattfinden. — **Saug:** Hamburg: ist mit der Geschäftsführung einverstanden, man könne Staudinger vielleicht vorwerfen, daß er jubelnd gearbeitet und sich jubelnd vorgenommen habe. Die Differenzen, die auftreten, liegen auf anderem Gebiet. Unsere Kollegen, die bei Beginn der Revolution zu Hause waren, hätten teilweise mehr leisten können. Die Kriegspolitik war gewiß verfehlt, doch solle man auch die damaligen Verhältnisse zugrunde legen. Redner kritisiert die Teilnahmslosigkeit bei den vollzogenen Delegiertenwahlen. Das stelle im Widerspruch mit der Forderung „Mehr Kampffähigkeit“. Wie oft ergebe die Praxis, das Vorhalten aus der Versammlung beim Verhandeln zusammenzukommen. Die Anzuständigkeit mit den Feuererzeugnissen sei begründet, die wirtschaftliche Not zu groß. Der größte Fehler liege an der Selbstzerfleischung. Wenn der Klassenkampfcharakter gewahrt werden solle, so liege das nur an den Mitgliedern. Er ersucht um Ablehnung der vorliegenden Anträge. Ein Vongenzüger rede stets den Mitgliedern nach dem Munde, ob er aber die Person ist, seine Worte in die Tat umzusetzen, ist eine andere Frage. — **Saug:** Halle: Wenn wir auch mit dem Geschäftsbericht einverstanden sind, so muß doch beurteilt werden, daß nach Ausdruck der Resolution die gegebene Situation nicht ausgenutzt wurde. Der schnelle Aufschwung könne allenfalls als Entschädigung für den Vorstand dienen. Um bei den Bewegungen radikal vorzugehen, braucht man nach lange nicht unabhäufig zu sein. Er sei als Mehrheitsleiter bei Vertretung der wirtschaftlichen Mitgliederinteressen wohl radikal als mancher von der sogenannten Opposition. Der Vorstand müsse berieten, politische Wahlen für die Kollegen auszusuchen. Den Antrag 9 lehne er ab. Man hat lange genug auf unseren Rücken Holz gehauen. In dem „Steinarbeiter“ gefalle ihm manche Notiz nicht bei Lohnbewegungen, er bringe dafür einige Beispiele. — **Saug:** Halle: Wir sind im Bezirk ohne Vorstand gut ausgenommen, ja er hat sich bewährt, daß wir so wenig von uns hören lassen. Die wirtschaftliche Lage der Steinindustrie ist zur Zeit recht schlecht, daher ist auch die Stimmung hier und draußen nicht gut. Es fehlt an großen Aufträgen für unsere Industrie und den Städten und Gemeinden fehle es an Geld. Redner bringt interessantes Zahlenmaterial aus seinem Bezirk von 1913, 1914, 1918 und 1919, Beschäftigung, Arbeitslose, Lohnsummen, und stellt Vergleiche an. Seine praktischen Erfahrungen in Bezug auf Zeitlohn und Akkord sprechen anders, was mancher hier vorzutragen hat, ebenso seine Erfahrungen im „sozialistischen“ Steinbrüderunternehmen; darauf geht Müller näher ein und hat aufmerksame Zuhörer. Der Bericht der Redaktion habe ihm zugunsten, besonders der grundsätzliche Standpunkt.

Leitzg.-Heidingsfeld: Wenn das Lohnprogramm nicht überall durchgesetzt werden konnte, so liegt es wohl weniger am Bestand als an den wirtschaftlichen Verhältnissen der Steinindustrie. Wir im Bezirk waren während der Kriegsjahre mit unseren Löhnen sehr zurückgeblieben, sind aber dann eingetrafen nachgekommen durch Mühseligkeit. In der Pfisterleite- und Schötenbrände hatten noch viele Kollegen an der Akkordarbeit fest, es bedarf deshalb noch ständiger Aufklärung im Gut und Wider. Von den revolutionären Ideen haben wir im Bezirk zunächst wenig zu hören bekommen, er bedauere es als einen Fehler, daß die sogenannte Opposition sich von der politischen Organisation trennte, statt in der alten Organisation zu wirken. Die vorliegenden Anträge sind politisch sehr kurzschichtig und wenn man von diesen auf die Antragsteller schließt, dann ist das Resultat nicht günstig und wer eine Gewinnung andert, nur um Angeleglicher zu bleiben, hat sich für mich erledigt. Wir müssen geschlossen und einig bleiben, um auch die wirtschaftliche Revolution zum Durchbruch zu verhelfen. — **Saug:** Halle: Halle ersucht die Opposition, von der Sonderzusammenkunft Abstand zu nehmen. Wenn der Wille vorhanden sei, finden wir schon gemeinsam einen Weg. Die Gewerkschaften bilden nun einmal den strukturalistischen Punkt in der Arbeiterbewegung. Die Opposition solle sich ihrer Verantwortung bewußt sein, es geht gemeinsam unsere wirtschaftlichen Interessen an der Reihe. Die Regierung des „Steinarbeiter“.

Die Resolution des Verbandsausschusses könne nicht angenommen werden. Eine Sitzung der Opposition, zu der er jetzt einlade, werde dazu Stellung nehmen. Für die Verurteilung, die durch die Kriegsleihe entstehen, muß der Vorstand persönlich verantwortlich gemacht werden. Das wäre schon ein Grund, das Vertrauen zu verlieren. — Vorsitzender Staudinger stellt einige Behauptungen der Vorredner betreffs Druckerei „Freie Presse“ richtig. Im übrigen wünscht er, daß die Redner weniger im politischen Fahrwasser jegeln und sich mehr an das Gewerkschaftliche unserer Aufgaben um. halten. — **Saug:** Halle: Akkordarbeit der letzte Verbandstag 1918 war ein Hauptparlament, deshalb muß auch auf die Haltung des Vorstandes während des Krieges eingegangen werden. Redner kritisiert die Haltung von Kriegsanteilen, den Dursfrieden. Die Haltung des „Steinarbeiter“ während des Krieges habe ihm oft nicht gefallen. Er erinnere nur an die Winklerischen Artikel. Die Einigung der Arbeiterbewegung sei schnell da, wenn man nur von dieser Seite die falsche Politik einsehe. Neuanstellungen im Verbands- und Vorstand sind notwendig, jedoch paritätisch, damit alle Richtungen vertreten sind. Eine politische Neutralität der Redaktion ist schwer möglich. Aber ein anderer Geist müsse in die Gewerkschaften einziehen. Keine Zerschlagung, sondern Zusammenfassung in etwa vier großen Verbänden. — **Wenzel:** Berlin: Hoff hat der Vorstand sein Möglichstes getan, jedoch sind die Mitglieder nicht mit dem Weg einverstanden. Daher muß unser Stadt im revolutionären Sinne geändert werden. Die Bemerkung in Geschäftsbericht über den Kohlenmangel, Streit der Bergarbeiter, fordere scharfen Widerspruch heraus. Zur Einigung führe so etwas nicht. Den Antrag 4 lehnt er in der Form ab. Handelt jedoch einer der Angestellten gegen die neu zu gebenden Richtlinien, dann weg mit ihm! Aber wir wollen auch nicht haben, daß ein paar radikale Worte schwärmt, einen Freitrieb geben, die höchsten Stellen im Verbands- und Vorstand zu besetzen, so etwas mache er nicht mit, obgleich auch er zur Opposition gehöre. Dem Antrag 9 schließt er sich an. — **Saug:** Halle: Halle erkennt die Tätigkeit des Vorstandes an, nur in der Feuererzeugnissebewegung hätte er verjagt. Deshalb müsse er die Vertrauensresolution ablehnen. Er behandelt den Antrag „Druckverlegung“ auf dem Verbandstag 1918, das Protokoll gebe ein falsches Bild davon. Im weiteren Verlauf bringt Redner einen scharfen Ausdruck gegen die Leipziger „Freie Presse“, der vom Vorsitzenden Staudinger gerügt wird. Unwahre Behauptungen hätten nicht die Situation. — **Saug:** Halle äußert sich im ähnlichen Sinne wie Wehfort in der Feuererzeugnissebewegung und Akkordarbeit. Wenn das im Verbands so weiter gehe, werden sich die Löhne der Kollegen dem Bauarbeiterverband anschließen. Die Artikel über „Lohnpolitik“ seien den Kollegen von den Arbeitgebern unter die Nase gehalten worden. Die Druckverlegung müsse stattfinden. — **Saug:** Hamburg: ist mit der Geschäftsführung einverstanden, man könne Staudinger vielleicht vorwerfen, daß er jubelnd gearbeitet und sich jubelnd vorgenommen habe. Die Differenzen, die auftreten, liegen auf anderem Gebiet. Unsere Kollegen, die bei Beginn der Revolution zu Hause waren, hätten teilweise mehr leisten können. Die Kriegspolitik war gewiß verfehlt, doch solle man auch die damaligen Verhältnisse zugrunde legen. Redner kritisiert die Teilnahmslosigkeit bei den vollzogenen Delegiertenwahlen. Das stelle im Widerspruch mit der Forderung „Mehr Kampffähigkeit“. Wie oft ergebe die Praxis, das Vorhalten aus der Versammlung beim Verhandeln zusammenzukommen. Die Anzuständigkeit mit den Feuererzeugnissen sei begründet, die wirtschaftliche Not zu groß. Der größte Fehler liege an der Selbstzerfleischung. Wenn der Klassenkampfcharakter gewahrt werden solle, so liege das nur an den Mitgliedern. Er ersucht um Ablehnung der vorliegenden Anträge. Ein Vongenzüger rede stets den Mitgliedern nach dem Munde, ob er aber die Person ist, seine Worte in die Tat umzusetzen, ist eine andere Frage. — **Saug:** Halle: Wenn wir auch mit dem Geschäftsbericht einverstanden sind, so muß doch beurteilt werden, daß nach Ausdruck der Resolution die gegebene Situation nicht ausgenutzt wurde. Der schnelle Aufschwung könne allenfalls als Entschädigung für den Vorstand dienen. Um bei den Bewegungen radikal vorzugehen, braucht man nach lange nicht unabhäufig zu sein. Er sei als Mehrheitsleiter bei Vertretung der wirtschaftlichen Mitgliederinteressen wohl radikal als mancher von der sogenannten Opposition. Der Vorstand müsse berieten, politische Wahlen für die Kollegen auszusuchen. Den Antrag 9 lehne er ab. Man hat lange genug auf unseren Rücken Holz gehauen. In dem „Steinarbeiter“ gefalle ihm manche Notiz nicht bei Lohnbewegungen, er bringe dafür einige Beispiele. — **Saug:** Halle: Wir sind im Bezirk ohne Vorstand gut ausgenommen, ja er hat sich bewährt, daß wir so wenig von uns hören lassen. Die wirtschaftliche Lage der Steinindustrie ist zur Zeit recht schlecht, daher ist auch die Stimmung hier und draußen nicht gut. Es fehlt an großen Aufträgen für unsere Industrie und den Städten und Gemeinden fehle es an Geld. Redner bringt interessantes Zahlenmaterial aus seinem Bezirk von 1913, 1914, 1918 und 1919, Beschäftigung, Arbeitslose, Lohnsummen, und stellt Vergleiche an. Seine praktischen Erfahrungen in Bezug auf Zeitlohn und Akkord sprechen anders, was mancher hier vorzutragen hat, ebenso seine Erfahrungen im „sozialistischen“ Steinbrüderunternehmen; darauf geht Müller näher ein und hat aufmerksame Zuhörer. Der Bericht der Redaktion habe ihm zugunsten, besonders der grundsätzliche Standpunkt.

namen Ziel aufzubrechen. Wir müssen gewalttätige und länderliche Arbeiter zusammenführen zur einheitlichen Aktion. (Sehr wahr!) Die Aufgabe der Gewerkschaften muß sein, im Hinterland zu den politischen Parteien, die sich ihre Mitglieder nach einer bestimmten Überzeugung wählen, alle Arbeiter eines Berufs in sich aufzunehmen und zu versuchen, die Basis für eine einheitliche Front zu finden, um die Aktionen wichtiger zu machen und die Befehle des Gewerkschafts zu verbessern. (Zuruf: Unter einer Parole!) Ja, und die besteht in den Gewerkschaften darin, daß wir mit den uns zur Verfügung stehenden politischen und materiellen Kräften alle Chancen ausnützen zum Wohle der Arbeiterschaft, und alle Momente auszunutzen, die diese Aktionskraft schweben können. So hat die Erfahrung eine ganze Reihe von Versuchen auch dahin geführt, einen Weg des Zusammengehens mit Andersorganisierten zu finden, da man sich, daß durch die Streitigkeiten mit den Andersorganisierten die Staffahrt der Organisation gefährdet wurde. Ein solches Zusammengehen ist nach Meinung sehr vieler ein Verrat an der Arbeiterschaft, nach den Erfahrungen der Praxis aber ein durchaus berechtigtes Mittel, das dazu führt, nicht nur die besten Erfolge herauszuschlagen, sondern das auch revolutionierend auf die Arbeiter wirkt. Wer sich abschießt von den andersorganisierten Arbeitern und sich für zu gut hält, auf sie einzuwirten, begibt sich des Mittels der revolutionären Agitationskraft seiner eigenen richtigen Ideen, diese Arbeiter mit in unseren Kampf zu ziehen und sie vorwärts zu treiben. Sicherlich eine Handlung, deren wir uns nicht zu schämen brauchen. Ich bin überzeugt, wären am 18. März 1920 die deutschen Gewerkschaften noch gewesen, was sie 18. März vorher waren, leidenschaftliche Bekämpfer der Christlichen, so wäre der Generalfreiwort nicht so einseitig durchzuführen gewesen. (Sehr wahr!) Also, man sollte endlich von der Ansicht losgeraten, bei dem Streit über die Methoden des Kampfes, daß auf der einen Seite nur Verräter oder böswillige Menschen stehen. Es sind Bestandsrechnungen, die wir betrachten. Wir können in den Wegen zum Ziel voneinander abweichen, aber wir müssen aus unseren wirtschaftlichen Interessen heraus in den Gewerkschaften ein gemeinschaftliches Zusammengehen ermöglichen. Als die Parteien sich am 18. März über den Weg, der einzuschlagen war, nicht einigen konnten, war es ein Segen für die deutsche Arbeiterschaft, daß es wirtschaftliche Organisationen gab, die die Parole ausgeben konnten. (Sehr wahr!) Ich bin überzeugt, daß diese wirtschaftlichen Organisationen für die Zukunft noch von weit größerer Bedeutung sein werden, denn, was das Weltall bewegt, sind die ökonomischen Fragen. Die wirtschaftlichen Organisationen werden immer mehr Einfluß darauf gewinnen, daß die Fragen der Politik in dem Sinne gelöst werden, wie es der schaffende Arbeiter am nützlichsten ist. Deshalb liegt darin unser hoher Beruf. Nicht streben wir dahin, die politischen Parteien anzuschalten, sondern wir sagen: die schaffende Kraft der Arbeiter wird es sein, die in Zukunft in härtesterem Maße die Politik beherrschen wird. Die Ausführenden des Arbeiterwillens wird den Parteien in den Parlamenten überlassen bleiben, die treibende Kraft aber müssen die wirtschaftlichen Organisationen sein. Jene acht Punkte des Aktionsprogramms, geboren aus dem Augenblick, sind durchaus kein Einzelfall. Während des ganzen Krieges haben die Gewerkschaften in gleicher Weise, wenn auch nicht öffentlich, dahin gewirkt, für die Arbeiterschaft Nutzen von den Parteien zu erziehen. Eine Trennung nach verschiedenen Richtungen kann die Arbeiterschaft auf die Dauer nicht ertragen. Es geht nicht an, daß eine Partei Forderungen aufstellt und die andere Partei passiv daneben steht und den Forderungen die Durchbruchskraft nimmt. Darunter leidet die Arbeiterschaft draußen. Ich kann mir sehr wohl denken, daß unsere Arbeitertreue auf das nachdrücklichste den Willen bekunden, daß die Wünsche der Arbeiter im Parlament einseitig vertreten werden. Nach den kommenden Wahlen werden die Dinge im Parlament anders liegen. Werden auf beiden Seiten annähernd gleich viel Volksvertreter stehen, so wird es bei einer Seite nicht mehr möglich sein, sich vollständig von der Verantwortung zu drücken. Dann wird es den Parteien, die heute abstinent sind, so gehen, wie manchem Arbeitervertreter, der bei der Auffstellung von Forderungen sehr lebhaft Worte mitredet, aber eine ganz andere Auffassung bekommt, wenn er als Vertreter dem Unternehmer gegenübersteht. In dem Augenblick, wo er die Verantwortung übernehmen muß, erscheint ihm das, was er früher kritisiert hat, auch ganz selbstverständlich. Nicht aus Bosheit, sondern im Interesse der Arbeiterbewegung wünsche ich diesen Zustand herbei, daß wir gemeinschaftlich die Verantwortung sowohl im wirtschaftlichen Kampf, wie auch in der Politik übernehmen und unsere Kraft vereinen zum Wohl der Arbeiterschaft. Wenn wir schrittweise aus den jetzigen elenden Verhältnissen herauskommen, werden wir auch zu gesünderen Zuständen unter uns kommen. Wirken Sie, die so stark kritisiert haben, auf Ihre Freunde ein, daß sie sich nicht weigern, die Verantwortung zu übernehmen. Es ist doch klar, daß das aus einer Koalition mit zwei bürgerlichen Parteien herausspringende Resultat nicht so günstig sein kann, als wenn zwei sozialdemokratische Parteien zusammenwirken. Sie werden diesen Gedanken bei ruhiger Überlegung in sich aufnehmen müssen. Die Aktion der Arbeiterklasse muß eine einheitliche sein. (Sehr richtig!) Dann werden wir auch gegeneinander wieder größeres Vertrauen gewinnen. Auf allen Verbandstagen der Gewerkschaften, die ich besucht habe, ist immer wieder zum Ausdruck gekommen, daß man an der gewerkschaftlichen Tätigkeit der leitenden Personen nichts auszusetzen habe, daß sie fleißig gearbeitet haben. Also, in der Arbeit unterscheidet uns nichts, das Trennende liegt nur in dem philistinenhaften Nachspüren nach dem politischen Vorzeichen der einen oder anderen Partei, und da ist die Geschichte so: Jeder lobt seinen Juden, und in dem Kampf der beiden Richtungen nimmt es keiner ganz genau. Wir sind doch alle Menschen, um das begreifen zu können. Der spätere Geschichtsschreiber wird sagen, es wäre besser gewesen, wenn beide Parteien mehr über der Sache als in der Sache gestanden hätten. Aber wir sind eben Menschen und stehen in der Sache. Und daß dabei Fehler vorkommen, ist klar. Inzwischen ist die neue Revolution gekommen, hervorgerufen durch die politischen Ereignisse und ich hoffe, daß daraus ein großer Teil der Arbeiterklasse die Notwendigkeit der einheitlichen Aktion erkannt hat, und ein Weg gefunden werden wird, der diese gemeinsame Aktion ermöglicht.

Die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse wurde vom Vorsitzenden anerkennend beurteilt. Er gab bekannt, daß die Durchführung des „Arbeiter“ bei der „Freien Presse“ (Leipzig) einstimmig von der Vorstandsschaft im Jahre 1917 beschlossen wurde. Er kam weiter auf die behauerliche Tatsache zu sprechen, daß die Freierate der Zahlstelle Berlin nicht mehr wie früher im Vorwärts, sondern nur in der Freiheit veröffentlicht werden. Unter Demokratie verstehen viele Mitglieder die Durchsetzung ihrer Meinung und die Unterbrechung Andersdenkender. Die Angehörigen des Steinmetz-Verbands sind in keiner Weise abhängig von den politischen Anschauungen der Vorstandsschaft. Nichts davon darf nicht wegen anderer politischer Meinungen bestehen. Für den Vorsitzenden waren immer nur wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend, ob eine Forderung durchzuführen ist oder nicht. Er verlangt eine unabweisende Erklärung, ob der Verband mit der Tätigkeit der Vorstandsschaft einverstanden ist oder nicht; ferner wünscht er eine geübtere Colierung in Dingen der Politik. Der Antrag 9 möge abgelehnt werden. Der Stein des Anstoßes im ganzen Verbande sei die politische Meinungsverschiedenheit. Nach der Wahltschlacht werde vielleicht auch darin eine Veränderung eintreten und die Arbeiterschaft sich befinden, wo sie sich zusammenzufinden hätte. Die Anregungen, welche die Diskussion für die Vorstandsschaft ergeben hat, werden nicht unberücksichtigt bleiben.

Geist (Kassierer) weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß die Berechnung einer Vereinfachung der Verwaltung sei. Die Berechnung der Kriegsanleihe sei 1917 mit Zustimmung aller Instanzen erfolgt; er denke, daß es bereits 1918 zum Verbandstagen in Leipzig genügend geklärt sei. Er weist dann zurück, sich seine politische Meinung vorschreiben zu lassen. Im Vorstand brauchen wir keine Kollegen, die den Mantel nach dem Winde hängen.

Siebold (Redakteur) beteiligt sich gegen die Vorwürfe seiner Redaktionsführung. Man dürfe beim Lesen einzelner Artikel nicht mit Voreingenommenheit darangehen und nicht zwischen den Zeilen suchen, was er nicht enthalte. Den besten Beweis habe in der Diskussion Wenzel in Berlin gegeben über den Artikel Perforation des Volkshauses und der Ausführung der Spartakisten. Ein Wort solch hier wiederzugeben, verdröhne den Sinn. Mit der Perforation des Volkshauses sei von einzelnen direkt Unfug getrieben, es hätte nur noch gefehlt, daß man den Vorstand beschuldige, der Brandstifter zu sein. Wenn man den Mehrheitssozialisten dies anhängen soll man tiefer graben und Lomze immer auf die Uneinigkeit der Arbeiterschaft, ohne dieser war ein Rapp-Kutich nicht möglich. Die frühere Haltung der Leipziger Volkszeitung sei der Grund der Druckerlegung gewesen und mit Recht. Stimme man für die Veränderung, so verzichte er auf Wiederwahl als Redakteur. — Wer die Schlichtungsausschüsse allgemein verurteile, habe darin keine Erfahrung. Thymel (Reviseur) geht ebenfalls auf einige Momente ein und erhebt um Annahme der Vertrauensresolution. Eisenner (Ausführer) im selben Sinne. Es folgen nun eine Reihe persönlicher Bemerkungen von Reich, Harg, Haug, Nitsche, Wenzel, Wengels, Tschödel. Die Vertrauensresolution wurde darauf, wie bereits berichtet, in namenhafter Abstimmung angenommen, sie ist bereits in Nr. 20 zum Abdruck gelangt. Eine andere Resolution, von Eisenhauer eingebracht, war damit erledigt. Die namenhafte Abstimmung über den Antrag 9 (Druckerlegung) ergab 42 gegen und 40 dafür. Es bleibt demnach bei dem jetzigen Zustand. Die Anträge zum Bericht des Vorstandes wurden alle abgelehnt. Der Antrag Schwarzendach einmütig. Die Anträge 6, 7, 8, 10, 11 für die Redaktion angenommen, obgleich sie Selbstverständlichkeiten enthielten.

Damit war der 1. Punkt der Tagesordnung in zwei und einhalb Tagen erledigt. Wir haben diesen Punkt etwas ausführlich gebracht, hauptsächlich soweit die Debatte in Frage kommt, bei den nachfolgenden Punkten müssen wir darin etwas Zurückhaltung üben.

Die Delegierten hörten dann am selben Nachmittag 2 Vorträge von je 2 Stunden im Hörsaal des geologischen Instituts zu Wüzburg über „Entstehung und Bildung der Gesteine“. Auf früheren Verbandstagen wurde fast immer ein Ausflug in die Umgebung gemacht; diesmal ein solcher ins geologische Wissen. Nichtbilder veranschaulichten das Vorgetragene, zur Berufsstunde sicher kein Nachteil. Aus diesen beiden Vorträgen werden wir gelegentlich einen Auszug bringen.

Behrlinge sollen durch beiderseitige Verhandlungen zeitgemäße Entlohnung erhalten;

Hilfsarbeiter, die mindestens 3 Monate in einem Betriebe tätig sind (ständige) erhalten ab 17. April 5.20 M.; die Entlohnung nichtständiger Hilfsarbeiter unterliegt der freien Vereinbarung; Auslösung nach außerhalb pro Tag mindestens 15 M.;

Ferien: Bis zur reichsgerichtlichen oder reichsarbeitsgerichtlichen Regelung tritt folgendes Proportium in Kraft: Vom 1. 1. 20 sechs Monate im Gewerbe Beschäftigte erhalten 3 Tage, zwölf Monate Beschäftigte erhalten 6 Tage Ferien bei voller Bezahlung; Fahrgehalt außerhalb der Werkstätte wird gezahlt, soweit es den Betrag nach der Werkstätte übersteigt; Bestehende bessere Verhältnisse dürfen nicht verschlechtert werden.

Begründet wurde der Schiedsspruch mit der Gesundheitsgefährdung unseres Berufes und der allgemeinen Teuerung.

Während der Schiedsspruch die Zustimmung seitens unserer Kollegen erhielt, nahmen die Arbeitgeber denselben nur unter dem Vorbehalt an, daß über Arbeitszeit und Ferien weitere Verhandlungen stattfinden. Um des lieben Friedens halber willigten wir in letztere ein und kam am 10. Mai folgende endgültige Vereinbarung zustande: Die Arbeitszeit beträgt vom 1. März bis 31. August 48 1/2 Stunden bei 47stündiger Bezahlung; vom 1. September bis 28. Februar 44 1/2 Stunden bei 45 stündiger Bezahlung. Im Winter ist eine weitere Entlohnung der Arbeitszeit zulässig. Ferien werden bemittelt: nach einjähriger Beschäftigung 3 Tage, nach zweijähriger 4 Tage, nach dreijähriger 5 Tage, nach vierjähriger 6 Tage, nach fünfjähriger 7 Tage, nach achthjähriger 8 Tage, nach zehnjähriger 9 Tage. Wird jemand vor dem Ablauf einer einjährigen Beschäftigung entlassen, so erhält er am Stille der Ferien einen seiner Beschäftigungsdauer entsprechenden Geldbetrag ausgezahlt, vorausgesetzt, daß die Beschäftigung mindestens einen Monat gedauert hat.

Hat die Bewegung auch keinen vollen Erfolg gebracht, so ist doch zu berücksichtigen, daß er ohne Opfer, auf dem Verhandlungswege zustande gekommen ist. Aufgabe der Kollegen ist es nunmehr, für die Durchführung der neuen tariflichen Bestimmungen in den Betrieben Sorge zu tragen.

Bezirk Tübingen. Am 30. April wurde vor dem Schlichtungsausschuss Weimar mit den Arbeitgebern des Bezirks (Hartmann, Werner, beide in Erfurt, Herda, Klinkhammer, beide in Arnstadt, Steinhilber, beide in Göttingen, Korb und Topelmann in Gera, Schwarze, Frickauf, beide in Apolda, und den Arbeitgebern von Seier-Christingsdorf über den eingereichten Bezirksarif verhandelt; von unserer Seite war Generalleiter Mühlte, Bezirksleiter Harg und die Kollegen Seidel und Rämpfe anwesend. Die Unternehmer lehnten entschieden ab, über den Tarif zu verhandeln und diesen abzuschließen, da nach ihrer Meinung der Reichshöchsttarif in aller Kürze abgeschlossen würde; es wurde somit nur über einige wichtige Punkte für die Zahlstelle Christingsdorf verhandelt und dann folgender Schiedsspruch gefällt: Den Arbeitgebern des Steingewerbes in Weimar, Apolda, Diefelbach, Christingsdorf und dem Zentralverband der Steinmetze wird aufgegeben, in Verhandlungen über den Abschluß eines Lohnvertrages auf folgender Grundlage zu treten:

1. Die Arbeitszeit der Sandstein- und Marmorsteinmetzen beträgt 45 Stunden. Die gleiche Arbeitszeit gilt für die Betriebe, in denen Sandstein- und Marmorsteinmetzen überwiegend beschäftigt werden. In allen anderen Fällen ist die Arbeitszeit die gebräuchliche;
2. nach einjähriger Tätigkeit in einem und demselben Betriebe sind 5 Tage Ferien bei Fortzahlung des Lohnes zu gewähren. Die Dauer der Ferien erhöht sich nach jedem Jahr um 1 Tag bis zur Gesamtdauer von 9 Arbeitstagen;
3. die Regelung der Behrlingsfrage bleibt bis zur gesetzlichen Regelung der privaten Verelbarung überlassen;
4. die Löhne werden als Spigenslöhne wie folgt festgesetzt: für Apolda 4.80 M., für Diefelbach und Christingsdorf 5 M., für Weimar 5.20 M.;
5. die Akkordarbeit soll da, wo sie bisher bestanden hat, weiter bestehen bleiben mit der Maßgabe, daß 80 Prozent des Stundenlohnes garantiert wird.

Wir werden nun versuchen, auf dieser Grundlage mit unserem Entwurf einen Tarif abzuschließen durch Schiedsspruch; dann diesen Tarif den Zahlstellen zustellen, damit auch die übrigen Schlichtungsausschüsse der einzelnen Orte einen Spruch fällen, oder es wird versucht, durch das Reichsarbeitsministerium eine endgültige Regelung herbeizuführen. Die Zahlstellen mögen vorläufig nur ihren Lohn regeln. Der Bezirksleiter: —

Büchberg. Der bekannte „Antrag“ Büchberg hat bereits vor der Generalversammlung unliebsames Aufsehen gemacht, weil er gar so ungeschickt gegen jede Beitragsrückzahlung sich ausdrückte. Er wurde denn von den Kollegen weit zurückgezogen, und er ließ dabei durchblicken, als wenn vielleicht die Redaktion oder sonst jemand im Hauptvorstand die unglückliche Fassung auf dem Gewissen hat. Die Angelegenheit hatten wir bereits den Akten einverleibt, und zwar zu einer anderen Sache, bei der Kollege Weit aus Büchberg gerade keine rühmliche Figur abgegeben hat. Es war nämlich vor einigen Monaten vor ihm eine Bewegung eingeleitet mit dem Slogan: „Los von Behrzig“. Die Kollegen standen damals in Bewegung, und wir haben deshalb die Angelegenheit zurückgestellt. Nun bekommt die Handlungsweise des Kollegen Weit durch einen Bericht von der Ortsverwaltung, die alle mit ihrem Namen unterzeichnet haben, ein ganz anderes Aussehen. Vielleicht trägt diese Notiz doch zur Erkenntnis bei, daß einzelne Personen auf die Dauer keine Quercrübener machen können. Der Bericht lautet: „Die Ortsverwaltung Büchberg weiß es entschieden zurück und bringt es allen Mitgliedern der Zahlstelle zur Kenntnis, daß sie mit dem Antrag: „Keine Beitragsrückzahlung, denn es wäre die Höhe“ nichts zu tun haben; denn dieser Antrag wurde vom Kollegen Eduard Weit ohne Wissen und Willen der Ortsverwaltung eingebracht. Wahrscheinlich, um für seine separaten Ansichten in der Politik Propaganda zu machen, mit der Parole keine Beiträge, hohe Unterhaltungen. Es ist derselbe Kollege, der das „Los von Behrzig“ am besten zu singen verstand. In seiner Versammlung wurde ein solcher Beschluß, wie der Antrag besagt, gefaßt, und wir müssen nur bedauern, daß in unserer Zahlstelle solche Kollegen vorhanden sind, die hinter unserem Rücken die Zahlstelle in schlechten Ruf bringen. Denn jedem vernünftig denkenden Gewerkschaftsangehörigen muß einleuchten, daß höhere Unterhaltungen höhere Beiträge erfordern. Bis dato hatten unsere Schriftführer einen Zahlstellen-Stempel, dem nun ein Ende gemacht wird, denn es kann nicht gebildet werden, daß bei solchen Vorkommnissen die Ortsverwaltung vors Los geschoben wird. Damit soll nun die Sache endgültig erledigt sein. Aber erwähnt muß noch werden, daß Weit nicht berechtigt ist, im Namen der Zahlstelle zu schreiben, wenn er nicht in der Zahlstellenverwaltung seine Funktion aus.“ (Unterschriften.)

Wir haben noch hinzuzufügen, daß die bemängelten Zustände von Weit stets einen großen roten Stempel tragen: „Betriebsrat der Firma... uvm.“ Es gibt so Leute, die auf so etwas viel geben! Wir haben uns als Realisten in der fraglichen Angelegenheit nicht getäuscht und waren mit Stillschweigen darüber hinweggegangen, wenn nicht der vorstehende Bericht die Geschichte besonders beachtet hätte und uns zelt, wie einzelne Kollegen mit ihren separaten Auffassungen die Kollegenenschaft an einem Ort blamieren können. Auch die Bewegung zum Austritt aus unserem Verband hat einen recht persönlichen Anstrich gehabt, die gerade nicht von besonderem Erfassen der tatsächlichen Verhältnisse durch Weit zeugt. Solche Vorkommnisse können auch noch andere Folgen haben, die für die Kollegenenschaft in Büchberg und Umgebung weit empfindlicher sein können als die vorstehende Abreibung eines einzelnen Quercrübners.

Göttingen. Am 26. Mai fand im Göttinger Grubersmühle eine außerordentliche Versammlung statt. Anwesend waren 28 Kollegen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vorstandswahl, 2. Besprechung über Betriebswahlen, 3. Aufklärung über die Lohnverhältnisse im Bornschelchen Betriebe. Gewählt wurden als Vorsteher Heinrich Thiem, zum Kassierer Eduard Delsner, zum Schriftführer Hermann Fischer. Kollege Thiem gab dann zur Wahl des Betriebsrates einige Aufträge. Es sollen nur solche gewählt werden, die das Vertrauen der Kollegen genießen und sich nicht vom Unternehmer beeinflussen lassen. Ueber die Lohnverhältnisse im Bornschelchen Betriebe entstand eine lebhafte Debatte. Bornschelchen weigert sich, die Lohnsätze, die im

Unsere Mitgliederbewegung im I. Quartal 1920.		
Zugang:		
Bestand am Jahresluß 1919		Mitglieder 42716
Eingetretene im laufenden Quartal		5397
Uebergetretene von anderen Verbänden		2008
Zugereist bezw. vom Militär entlassen		652
		50788
Abgang:		
Im laufenden Quartal ausgetreten		Mitglieder 1148
Begren rückständigen Beiträgen gestrichen		322
Laut § 8, Abs. 5, 6 ausgeschlossen		12
Zu anderen Organisationen übergetreten		1350
Abgereist aus den Zahlstellen		640
Im I. Quartal gestorben		97
		3567
		Mitglieder
Bestand und Zugang		50788
Abgang		3567
Mitgliederstand am Schluß des I. Quart. 1920		47201
davon sind 786 weibliche Mitglieder.		

Aus den Zahlstellen.

Berlin. Vom Verlauf der Lohnbewegung in der Bau- und Grabmalbranche. Am 31. März lief der vorige Lohnvertrag ab. Infolge des Rapp-Güttlich-Bußschusses verzögerte sich der Beginn der Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Vertrages bis zum 29. März, an diesem Tage hatten wir erst Gelegenheit, unsere vorher schriftlich eingereichten Forderungen mündlich zu begründen. Sie gipfelten in einer Verdoppelung des Lohnes für alle Branden (bisheriger Steinerlohn 4.20 M.) einschließlich der Behrlingsbezüge (bisher hatten die Behrlinge ein Drittel des Steinerlohnes im ersten, ein Fünftel im zweiten, ein Drittel im dritten Behrjahre), Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 Stunden bei 48stündiger Bezahlung, Einbeziehung der Hilfsarbeiter in das Lohnverhältnis, Gewährung von Ferien und einiger anderer Punkte. Die Unternehmer billigten uns anfangs 33 1/2 Prozent Lohnaufschlag zu, verhielten sich jedoch gegen alle anderen Forderungen ablehnend. Unsere Tarifkommission wies — die Stimmung der Kollegen kennend — dieses Angebot als unzulänglich zurück und nahm gleichzeitig eine Reduzierung und Staffierung der Forderung vor. Es sollten gezahlt werden: Ab 1. April 7 M., ab 1. Mai 7.50 M., ab 1. Juni 8 M. Auch wurde die Aufnahme der Hilfsarbeiter in das Lohnverhältnis als Bedingung zur Fortsetzung der Verhandlungen gestellt. Daraus erklärten sich die Unternehmer zu folgendem Zugeständnis bereit: Ab 1. April für Steinerlohn 5.85 M., für Schleifer 5.65 M. (diese Löhne wurden seit dem 8. März in der Marmorbranche bereits gezahlt). Hilfsarbeiter auf den jeweiligen Stundenlohn (dieser schwankte zwischen 2.80 M. und 3.80 M.) ein Zuschlag von 1 M. Die weitere Erhöhung unserer Forderungen überwiegen die Unternehmer dem Schlichtungsausschuss, ohne jedoch in Verhandlungen mit uns einzutreten. Der Schlichtungsausschuss legte am 21. April und fällte nach Anhörung beider Parteien folgenden Schiedsspruch:

Arbeitszeit 46 Stunden bei 47stündiger Bezahlung. An den Tagen vor den hohen Festen 2 Stunden früher Schluß (als an gewöhnlichen Sonntagen) bei voller Bezahlung; Stundenlohn ab 17. April: Steinerlohn 6.50, Schleifer 6.30 M., ab 15. Mai: Steinerlohn 7.00, Schleifer 6.80 M., ab 29. Mai: Steinerlohn 7.50, Schleifer 7.50 M.;

Schlüsselausschuss in Jena für die gekanteten Thüringer Schotterwerke festgelegt wurden, anzuerkennen, und behauptet, diese hätten für seinen Betrieb keine Gültigkeit. Es wurde beschlossen, den Gauleiter darüber in Kenntnis zu setzen, damit sofort die nötigen Schritte unternommen werden, um Borkschlein zur Anerkennung der festgelegten Lohnsätze zu zwingen. Auch wurde von einigen Kollegen angesetzt, die Affordarbeit abzuschaffen, da der Affordlohn weit hinter dem Stundenlohn zurückbleibt, und die Affordarbeiter sich deshalb schlechter stellen als die Stundenlöhner. Zum Schluss wurden die Kollegen noch ermahnt, fest zur Organisation zu halten, und dem Verband die Treue zu bewahren, denn nur dadurch können die hiesigen Verhältnisse gebessert werden.

Glückselig. In hiesiger Zahlstelle, namentlich im Betrieb Müllmengen herrschen zur Zeit unter einigen Kollegen in der Auffassung über die idealen Bestrebungen der Arbeiterklasse bedeutliche Zustände. Der 1. Mai wurde von allen organisierten Kollegen im Grade in würdiger Weise gefeiert. Nur die beiden Betriebsräte S. O. und S. H. traten für Arbeit an diesem Tage ein und bekamen noch mehr Anfeindungen. Es wäre wohl zu wünschen, daß diese Kollegen einmal einen anderen Anstrich sich zulegen, der dann nach und nach auch das Innere beeinflusst. Vier Jahre Krieg und dessen Nachwirkungen haben nicht vermocht, das Alte abzumachen und der Schmutztag mit den üblich gewordenen Verlängerungen stellt ihnen noch in den Ohren. Wenn im Zahlstellenbereich an solchen Arbeitertagen wie der 1. Mai die Arbeit ruht, können und dürfen nicht einzelne Betriebe, wie der in Müllmengen, daneben hängen, zum Gaudium anderer Leute, die bei anderen Umständen daraus ihre Schlüsse ziehen. In der Zukunft soll mehr Aufmerksamkeit auf diese Verhältnisse zuwenden werden.

Rundschau.

Neuanstellungen im Steinarbeiterverband. Wie aus der Monatsberichterstattung dieser Nummer ersichtlich ist, werden im Steinarbeiterverband folgende Neuanstellungen vorgenommen: Ein Gauleiter für den Bezirk Berlin, drei Bezirksleiter (Bezirke Solnhofen, Odenwald und Oberhessen), sowie weitere zwei Sekretäre im Hauptbüro. Wir verweisen auf die Ausschreibungen und hoffen, daß sich recht viele Kollegen daran beteiligen.

Die Lage der schwedischen Steinindustrie. Die Hoffnung der schwedischen Steinindustrie nach Abschluß des Krieges, der ihr die Ausfuhrmöglichkeiten fast vollkommen genommen hatte, wieder zu besseren Zuständen zu kommen, ist „Ebenist Handelst.“ zufolge nicht in Erfüllung gegangen, da Deutschland, Belgien und Frankreich, die größten Abnehmer der schwedischen Steine, aus Rationalisierungsmaßnahmen heraus den Import von Schweden für einige Zeit untersagt haben. Die Ausfuhr nach England bringt zudem auf Grund des langen Aufenthalts der Schiffe in den Häfen große Schwierigkeiten mit sich, der Abzug nach Holland ist durch den dortigen Hafenerweiterungsstreik behindert. Trotzdem bestehn, in der Hoffnung auf die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Ausfuhr, die meisten Steinfirmen die Mehrheit ihrer Arbeiter beibehalten, zumal große Aufträge für die schwedische Regierung vorliegen, durch die es ihnen möglich war, den Betrieb ziemlich aufrechtzuerhalten. Die Regierung hat indessen nunmehr die Durchführung der Befestigungsarbeiten bis zum Herbst vertagt. Dadurch wurden eine Anzahl Firmen gezwungen, ihren Arbeitern zum 1. Mai d. J. zu kündigen, wovon bisher etwa 300 Arbeiter betroffen wurden.

In Deutschland sind die Verhältnisse nicht viel besser, sondern noch trostloser. Wir gehen auch nicht fehl in der Erkenntnis, daß solche Klagen, wie die vorstehende, die in gewissen Zwischenräumen durch die deutsche Tagespresse laufen, den bestimmten Zweck verfolgen, die deutsch-schwedischen Steinexporteure in ihren Einfuhrbestrebungen zu unterkühlen. Dabei beobachtet man den ausländischen Steinarbeitern gegenüber immer eine gewisse Wehleidigkeit, während bei Kündigungen deutscher Steinarbeiter man ganz kalt zu seinen Logesgeschäften übergeht.

Eine Genossenschaftsschule. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine errichtet in Hamburg, am Orte der Zentrale der Bewegung, eine Genossenschaftsschule. Möglichst sollen vom 1. Oktober bis 1. April 1920 bis 24 Angestellte aus konsumgenossenschaftlichen Betrieben nach Hamburg gezogen, um in praktischen und theoretischen Angelegenheiten eine Durchbildung zu erfahren, die allein alle Schwierigkeiten beim Aufbau der deutschen Konsumvereine zu überwinden vermag. In enger Verbindung mit der wirtschaftlichen Praxis sollen die Schüler die Bewegungslehre des wirtschaftlichen Lebens kennen lernen. Die größte deutsche Verbraucherorganisation, der Zentralverband deutscher Konsumvereine, ist sich bewußt, mit der Durchführung seines Schulplans ein ungemein notwendiges Stück Voraussetzungen für eine bessere und für die allgemeine Wirtschaftlichkeit zu schaffen. Die kommende Wirtschaftskrise, wiewohl anders geseht als die der Vergangenheit, braucht Menschen, die fähig sind, das Werkzeug der Gemeinnützigkeit zu handhaben. Trotz großer Schwierigkeiten, einerseits gerade wegen dieser wirtschaftlichen Schwierigkeiten soll das Werk erlitten, damit nichts veräußert werde, recht bald den Grundstein für Neues, Besseres zu legen. Die deutschen Konsumvereine werden es sich zur Ehre anrechnen, die Mittel bereitzustellen, um das notwendige Werk zu errichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Stellenbesetzung im Steinarbeiter-Verband.

Nachstehende Stellen sind laut Beschluß des Würzburger Verbandstages baldmöglichst zu besetzen:

1. ein beidseitiger Gauleiter für den Gaubezirk Berlin.

Die Bewerber haben die Themen zu bearbeiten:

- a) Die Gewerkschaften nach der Revolution;
- b) Das Tarifwesen in der deutschen Steinindustrie.

2. Bezirksleiter:

a) für den Bezirk Solnhofen-Weißenburg (Mittelranken) mit dem Orte in Solnhofen. Zur Verarbeitung gelangt in diesem Bezirk der Solnhofener Lithographtstein sowie der Quarzmermer;

b) für den Odenwälder Granitbezirk, der sich der Bezirksleitung wird noch beizugeben;

c) für den oberhessischen Bezirk mit dem waldreichen Teil in Gießen. Zur Verarbeitung gelangt in jenem Gebiet meistens Basalt, Trachit und Granit.

3. Im Hauptbüro werden zwei Sekretäre angestellt.

Die Bewerber für die Bezirksleiter, sowie Sekretäre haben folgende Themen zu bearbeiten:

- a) Die Organisation des Steinarbeiter-Verbandes.
 - b) Das Tarifwesen in der deutschen Steinindustrie.
- Bewerber müssen mindestens 5 Jahre Mitgliedschaft aufweisen können. Die Gehaltsätze aller Anzustellenden richten sich nach den Beschlüssen des 8. Verbandstages in Würzburg.

Die Bewerbungen sind bis Donnerstag, den 3. Juni, an H. Dautinger, Schloss, Gerberstraße 1. IV, Hotel Victoria, einzureichen. Der Prüfungsausschuss hat die Aufschrift „Bewerbung“ zu tragen. Das Verbandsbuch ist ebenfalls beizulegen.

In die Schlichterzählstellen!

Der Würzburger Verbandstag hat beschlossen, daß der Reichsausschuss für die Schlichterzählstellen einer Revision unterworfen werden soll. Die Schlichterzählstellen werden deshalb wieder neu angesetzt. Die Änderungsanträge, übersichtlich geordnet, bis zum 10. Juni an den Verbandsvorstand einzureichen. Wir ermahnen die Zahlstellen, diesen Termin auch genau einzuhalten.

Den Zahlstellenverwaltungen

wird mitgeteilt, daß vom 1. Juli 1920 an eine neue Beitragsklassifizierung in Kraft tritt. Es haben deshalb insbesondere die Kassierer die Verpflichtung, schon von jetzt an dafür Sorge zu tragen, daß in den Zahlstellen keine Restanten vorhanden sind. Die Befreiung mit neuem Markenmaterial erfolgt am Quartalschluß nur dann, wenn über das alte Markenmaterial in völlig korrekter Weise mit der Hauptkasse abgerechnet ist. Wir bitten, von Vorstehendem besonders Kenntnis zu nehmen, denn es ist unmöglich, daß alte Markenbestände in die neuen Konten mit übertragen werden.

Verband des „Steinarbeiter“.

Sehr häufig müssen wir die Beobachtung machen, daß die Vertreter des „Steinarbeiter“ in den Zahlstellen so oft wechseln. Dadurch entsteht eine Unmenge Mehrarbeit in der Expedition. Wir ermahnen deshalb, dafür zu sorgen, daß die Adressen der „Steinarbeiter“-Vertreter mehr stabil bleiben. Bei einer geschickten Disposition der Zahlstellenverwaltung müßte dies auch erreicht werden können.

Betrifft Geschäftsbericht!

Der Geschäftsbericht für die Jahre 1917, 1918 und 1919 wird an die Zahlstellen von dieser Woche ab versandt. Wir haben vor einigen Monaten den Zahlstellen mitgeteilt, daß wir für ein Exemplar 1 Mark berechnen. Das Stild stellt sich aber nach den neuesten Berechnungen einschließlich Druck, Papier, Umschlag und Buchbinderarbeit auf 4 Mark. Wir müssen deshalb den Zahlstellen das Exemplar mit 2 Mark in Anrechnung bringen. Die Zahlstellen mögen davon Kenntnis nehmen.

Betrifft Bezahlung der Generalkassierin in der Schlichtergruppe. Der Verband Deutscher Granitwerte, Karlsruhe, lehnt es ab, die Generalkassierin zu bezahlen. Er hat uns nachstehendes Schreiben zukommen lassen:

„Unser Mitgliedsverband hat die Bezahlung der Schlichter für die Tage, an welchen die Arbeiter wegen Teilnahme an dem Generalkassier nicht arbeiten, aus grundsätzlichen Erwägungen einmütig abgelehnt.“

Wir bedauern recht lebhaft, daß sich der genannte Verband nicht einschließen kann, die Streitfrage zu bezahlen. Wir stellen es deshalb in das Ermessen der einzelnen Schlichterzählstellen, dementsprechend ihre Anträge direkt bei den Unternehmern nochmals fest zu stellen. Ueber den Ausgang der weiteren Verhandlungen ist uns zu berichten.

Der Verbandstag hat beschlossen, daß die vorgesehene Beitragserhöhung mit der 27. Beitragswoche in Kraft tritt. (Woche vom 28. Juni bis 3. Juli).

Einige Restanten erschweren die ordnungsmäßige Abrechnung mit dem alten und neuen Material, sowohl in der örtlichen wie in der zentralen Verwaltung.

Ein Ausgleich rückständiger Beiträge muß deshalb mit der 26. Woche erfolgt sein. Am 22. Mai ist der 21. Wochenbeitrag fällig.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Brandenburg. Der Kollege Fritz Jehm, geb. 17. 7. 1880 in Peine, ist von hier abgetrennt und hat vergessen, seine Interimskarte, die nicht in Ordnung ist, mitzunehmen. Um Erinnerung wird ersucht.

Im Gau Hannover treibt ein Steinmetz Wilhelm Kubert, geb. 25. 8. 1877 zu Dülldorf, allerlei Ungehörigkeiten, um andern Kollegen von ihrem kauer verdienten Lohn abzuschwindeln. Meistens sind es die Kollegen in den kleinen Grabsteingeschäften, die heimgesucht werden. Also Vorsicht!

Münster a. Westf. Der Arbeitgeber Schulte, dessen Platz seit längerer Zeit als gesperrt bekannt gegeben wird, hat trotz seinem „Ehrenwort“ in der letzten Verhandlung das abgegebene Versprechen nicht gehalten. Die Exzesse muß deshalb noch bestehen bleiben. Bedauerlich ist nur, daß sich der Steinmetz H. M. Rothlich aus Siegen, geb. 1878, um die Sperre nicht kümmert. Damit stellt er sich außerhalb der Reihen der organisierten Kollegen und muß als „Schwarzer“ künftig eingeschätzt werden.

Karlsruhe. Kollegen, die beschäftigten, in Karlsruhe (Bad.) oder Umgebung in Arbeit zu treten, melden sich in ihrem eigenen Interesse vorher beim Bezirksleiter.

Otto Büchel, Karlsruhe, Marienstr. 39.

Adressenänderungen.

III. Gau.

Neum. Vor- und Kass.: E. Zimmer, Jehnstr. 19 I. (Schma (Kuch)). Vor-: Heinrich Thiem; Kass.: Edmund Oelsner.

Waldenburger. Vor- und Kass.: Walter Fuchs, Nr. 135.

IV. Gau.

Münster (Kreis Stolzenau). Vor-: A. Lürmann, Nr. 129; Kass.: H. Bogt, Wolpinghausen, Nr. 36.

V. Gau.

Burgthelweg. Post Zollhaus a. Bahn. Vor- u. Kass.: Richard Stamm.

VI. Gau.

Menz. Vor-: Theodor Kroll; Kass.: Adam Spieß.

Spreng. Vor-: Josef Jäger, Kapuzinergasse 36; Kass.: Wilh. Scheud, Wormaldstr. 11.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Der Kampfschritt und seine Lehren. Von Richard Bernstein, Redakteur des „Vorwärts“, Heft 10 der „Revolutions-Bibliothek“. Verlag: Gesellschaft und Erziehung, Berlin-Friedrichshagen. Preis 1 M.

Die positive Tendenz der kleinen interessant geschriebenen Schrift gibt ihr einen Wert über den Tag hinaus. Sie läßt sie im heroischen Kampfe als Waffe geeignet erscheinen bei den Kämpfen gegen die bürgerlichen Elemente, die gewollt oder ungewollt die Rolle von Schlichterträgern der positiven und wirtschaftlichen Reaktion gespielt haben.

Der „Bolschewik“ bringt als zweites Buch seiner Jahresserie in den nächsten Tagen den bereits vorliegenden, bedeutungsvollen Kulturroman „Grimmeisenhausen“ an seine Mitglieder zur Verfügung. Bearbeitet ist die Lebensbeschreibung des Empirikers in unvollständiger Kürzung von E. G. Kolbenheyer, der alle Freiheiten, die das Original so ausnehmend und lebendig macht, in seiner Bearbeitung in reiner Form erhalten hat. Ein von Kolbenheyer verfasstes Geleit stellt einleitend die Verbindung zwischen Gegenwart und der in das Jahr 1669 zurückreichenden Vergangenheit her, in welcher der Empiriker zum erstenmal erschien. Dieser Band des Bolschewiks der Bücherreihe wird sich dem vor 3 Monaten erschienenen „Janik“ würdig an. Er ist nur für die Mitglieder des Bolschewiks der Bücherreihe erhältlich. Beitragsverpflichtungen zum Verband sind an den Bezirksleiter H. Richard Gährlich, Bolschewik, Nr. 6 des „Steinarbeiter“ vom 7. Februar 1920 haben; wir unterrichten den Aufsicht der Beiträge des „Bolschewik“ der Bücherreihe“ hinzuweisen, und wer sich für solche Literatur begeistert, möge das dort Gelegte nochmals nachlesen.

Anzeigen

Zahlstelle Augsburg. Bezirksversammlung

am 6. Juni, vormittags 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Frauenhofstraße.

Der Zahlstelle angehörende Orte mit über 5 Mitglieder senden 1. Orte mit über 15 Mitglieder 2 Delegierte. Delegierte haben sich schriftlich bis zum 1. Juni beim Zahlstellen-Vorsitzenden anzumelden, wegen der Quartierfrage.

Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Verbandstag, 3. Berichte, 4. Anträge und Beschlüsse. Es ist Pflicht der Kollegen nicht nur pünktlich, sondern auch pünktlich zu erscheinen.

3. A.: Steinbauer, Vorsitzender.

Wehrs Steinhauerbürsten liefert jedes Quantum

Kollege Gg. Wehr, Steinmetz, Neustadt/Aisch (Bayern).

Knüppel, Steinhauerbleistifte

Sobelbandsaht, Werkzeuge.

liefert prompt

Oskar Munster, Chemnitz i. Sa.

Mod. Grabmalsteine u. Verzierungen z. Durchpausen o. Stein; sowie Alphabete auf Entwurfspapier gezeichnet in versch. Größen u. freien Schriftzeichen G i e s e n (Hessen) Licher-Str. 37

Facharbeiter und Arbeiter für unsere Ruhrkohlenanstandsbruchbetrieb ges.

Brinkmann & Schürmann, G. m. b. H., Rothhausen (Rheinl.), Betrieb Altdorf bei Dahlhausen-Ruhr.

Zwei bis drei tüchtige Granitsteinhauer

unverheiratet für dauernde Beschäftigung zur Anfertigung von Grabsteinen aus gr. gestockten Granitpl. ges. Stundenlohn 5,85 M. Bekoskosten werden vergütet. Schriftl. Meldungen erbeten an Otto Müller, G. m. b. H., Steinbruch- und Steinmetzgeschäft, Köln, Moltkestraße 35.

Steinmetzen, Schriftbauer

stellt ein Fr. Müllner, Halle (Saale).

Auf sofort 2 bis 3 Steinmetzen

welche Schrift bauen können, gesucht. Lohn nach hannoversch. Tarif Martha Heide Wehr, Steinhauerel, Lebrte 6. Hann. Wilhelmstr. 80

3 bis 4 Steinmetzen

auf Sandstein für sofort gesucht. Stundenlohn 4,50 M. Kost und Logis vorhanden. Oskar Fliege, Perleberg b. Wittenberg, Wilsnacker Straße 56.

Granitwerke Tiefenstein (bad. Schwarzwald)

suchen zum sofortigen Eintritt tüchtige zuverlässige Vorarbeiter oder Meister. Dergleichen finden mehrere Steinhauer, Pflastersteinmacher wie auch ein Steinbruchschmied, dauernde gutbezahlte Anstellung. Für Verheiratete in Wohnung vorhanden, für Ledige wird für Verpflegung und Unterkunft gesorgt.

Mehrere tüchtige Brecher u. Steinmetzen stellt ein

Fr. Schneeburgs Nachf., Inh.: Wilhelm Brandt, Langelsheim (Harz). Ein Stundenlohn von 5.— Mark und 5,35 Mark wird garantiert.

Zwei Marmorsteifer sofort gesucht

Wüstefeld, Dortmund, Kreuzstraße 89.

1-2 tüchtige Steinmetzen

für sauberste Sandsteinarbeit stellt sofort ein Albert Schubert, Waldenburg i. Schles. Stundenlohn 4,50 Mark.

Steinmetzen, Schriftbauer und Verzierungsarbeiter

werden sofort noch eingestellt

E. Wolf & Co., Werkstätten für Friedhofkunst, Treptow a. Reg.

Einige Pflastersteinmacher für Grauwacke

gesucht. Kost und Logis auf dem Werke, Gewerkschaft Mühlbach III, Harzsteinwerke Stöplingen Krs. Neuhausleben Bez. Magdeburg

Mehrere tüchtige Steinmetzen

zum Spalten u. Bossieren bei hohem Lohn u. dauernder Beschäftigung sofort gesucht.

Porphyrwerke Martin Peter, Varnholt, Post Steinbach in Bad.

Zwei Steinmetzen auf Grabsteinarbeit

für dauernd gesucht. — Stundenlohn 5.— Mark. Hermann Voigt, Rathenow a. H.

Steinmetz für Sandstein u. Granit (Grabmal)

2 Stk. 5,05 können sof. einreten Georg Hepp, Steinmetzmetr. Stettin

1 tüchtiger Steinmetz und 1 Schriftbauer

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Lohn pro Stunde 5,25 Mk. Wilh. Brüning, Grabsteingeschäft, Osnabrück.

Steinmetz auf Sand und Muschelkalk gesucht

Carl Wendenburg, Halle a. Saale.

Gesucht wird von einer der größten Granitsteinschliffereien Süddeutschlands

1 gewandter Schleiferpolier

Bedingung: unbedingt sicherer Tarifrechner. Nur Bewerber, welche schon längere Zeit auf diesem Gebiet tätig waren, können berücksichtigt werden. Neu gebaute Wohnung, welche sofort bezogen werden kann, steht zur Verfügung. Angebote an die Schriftleitung des Blattes.

Tüchtiger Schleifer gesucht

C. Schäfer & Sohn, Schwerin i. Mecklenburg.

Suche auf sofort für dauernde Beschäftigung

1 tüchtigen Steinmetz für Grabstein-Arbeiten.

Frau Fr. Kemper u. we., Remps i. Pomm.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingelangt sind.)

In Eichershausen am 5. März der Sandsteinmetz Hermann Müller, 32 Jahre alt, Kriegsverletzung.

In Kleinriedersfeld am 29. April der Sandsteinmetz Franz Ott, 34 Jahre alt, Magenleiden.

In Bürgstadt am 29. April der Sandsteinmetz Josef Eberhard, 47 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In Hahburg am 7. Mai der Brecher Friedrich Karl Müller, 70 Jahre alt, Grippe.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Alois Staudinger, beide in Leipzig, Schwan in der „Freien Presse“ Leipzig.